



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 17. Januar 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Bisher flohen die Menschen im Winter nicht über das Mittelmeer, das ist diesen Winter anders. Ohne Rettungsorganisationen seien die Menschen nach Einschätzung eines Mitarbeiters von Mission Lifeline aber „dem Tode geweiht“, denn viele Schiffe müssten über den Winter in die Werft. Die italienische Küstenwache konnte am vergangenen Freitag 550 Menschen im Mittelmeer retten. Am Samstag dann sinkt ein Schiff mit 110 Menschen an Bord, vier Menschen überleben.  
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-aus-afrika-wer-jetzt-rausfaehrt-ist-dem-tode-geweiht-a-1124522.html> (11.01.17)  
<https://www.welt.de/newsticker/news2/article161167170/Italienische-Kuestenwache-rettet-550-Fluechtlinge-von-Schlauchbooten.html> (14.01.17)  
<https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-mittelmeer-207.html> (15.01.17)
- Auf der Balkanroute mit ihren geschlossenen Grenzen harren überall Menschen in klirrender Kälte aus. Laut *Frankfurter Rundschau* starb nach den beiden Männern irakischer und der Frau somalischer Staatsbürgerschaft ein weiterer Mensch afghanischer Staatsbürgerschaft, als er den Fluss Evros an der türkisch-griechischen Grenze überqueren wollte. Er wurde 20 Jahre alt. In Serbien wurde ein Mann von der ungarischen Polizei an der Grenze gestoppt und zurückgeschickt, er starb im Schneesturm.  
Die *Welt* zur Situation in baufälligen Hallen in Belgrad, in denen unter anderem der Rauch von mit Chemikalien versetzten, verfeuerten Bahnschwellen giftige Dämpfe verursacht:  
<https://www.welt.de/politik/ausland/article161020499/Sie-zittern-ununterbrochen.html> (10.01.17)  
Die *Frankfurter Rundschau* über die Situation in Bulgarien. Sie berichtet auch von Push-Back-Aktionen, bei denen die bulgarische Polizei Fliehende in die Türkei zurückschickt, die soeben die Grenze überquert haben:  
<http://www.fr-online.de/politik/fluechtlinge-in-bulgarien-die-hoffnung-stirbt-im-schnee,1472596,35071176.html> (10.01.17)  
Die ungarische Regierung weigert sich, Menschen aus Serbien einreisen zu lassen, so der *tagesspiegel*. Sie verweise auf die Unterkünfte, die Serbien bereitstelle. Diese Unterkünfte sind unter anderem die Hallen, von denen die *Welt* berichtet (s.o.):  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-europa-ungarn-will-grenzen-fuer-frierende-migranten-nicht-oeffnen/19253042.html> (14.01.17)
- Auch in Ungarn frieren Menschen, an der Grenze zu Österreich leben etwa zwei Dutzend in Zelten bei Temperaturen bis zu minus 28 Grad. Der ungarische Ministerpräsident Viktor

Orban fordert derweil, Fliehende pauschal in „Schutzhaft“ zu nehmen bis das Asylverfahren abgeschlossen sei. Orban hatte diese Woche die ersten von 3.000 Grenzjäger\*innen vereidigt, die nach einer sechsmonatigen Ausbildung die Südgrenze Ungarns schützen, das heißt unter anderem Push-Backs durchführen, sollen.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-orbn-will-schutzhaft-fuer-fluechtlinge-1.3332199>

(13.01.17)

- Das UNHCR bestätigt auf Nachfrage der Bundesregierung, dass Afghanistan nicht sicher ist und widerspricht ihr damit. Die Lage verschlechtere sich sogar, überall herrsche Bürgerkrieg. Zudem müssten für die Bewertung der Sicherheitslage aktuelle Informationen genutzt werden und nicht die zwei Jahre alten Informationen, die das BAMF für seine Entscheidungen nutzt. Schleswig-Holstein beschließt als Reaktion auf den UNHCR-Bericht, Abschiebungen nach Afghanistan für die nächsten drei Monate auszusetzen.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/afghanistan-asyl-abschiebung-unhcr-abschiebestopp>  
(10.01.17)
- Kurz vor Ende seiner Amtszeit leitet US-Präsident Barack Obama noch einen Schwenk in seiner Asylpolitik ein. Fliehende aus Kuba, die „trockenen Fußes“ US-amerikanisches Territorium betreten, werden nun zurückgeschickt und dürfen kein Asyl mehr beantragen. Dies geschehe, um die Beziehungen beider Länder „zu normalisieren.“  
<https://www.taz.de/US-Asylpolitik-gegenueber-Kuba/!5374058/> (13.01.17)
- Die NGO Human Rights Watch warnt, dass aus dem stärker werdenden Gefühl in den Gesellschaften Europas und Amerikas, anderen Gruppen Menschenrechte zu verweigern, leicht Tyrannei erwachsen könne. Ein Teil der Öffentlichkeit glaube, Menschenrechte würden nur die Anderen schützen und seien deswegen entbehrlich. Damit gefährdeten diese Menschen sich aber letztlich selbst.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-01/human-rights-watch-menschenrechte-bedrohung-populismus-pressefreiheit-jahresbericht> (12.01.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Nach einer vorläufigen Berechnung des BAMF kamen im vergangenen Jahr 280.000 Menschen auf der Suche nach Asyl nach Deutschland. Es wurden 745.545 Anträge auf Asyl gestellt, über gut 696.000 Anträge entschied das BAMF. 37% erhielten den Schutz nach Genfer Flüchtlingskonvention, 22% den subsidiären Schutz.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesamt-fuer-migration-und-fluechtlinge-kamen-fluechtlinge-nach-deutschland-1.3328493> (11.01.17)
- Nach Recherchen des *MDR* beschäftigt das BAMF 130 nicht ausreichend qualifizierte Mitarbeiter\*innen, die an Entscheidungen über Asylanträge beteiligt sind. Man habe die fehlenden Qualifikationen „übersehen“. Tausende BAMF-Bescheide könnten so nicht rechtmäßig sein. PRO ASYL schätzt die Chancen als hoch ein, dass wenn ein\*e Anwält\*in nachweisen könne, dass der\*die Sachbearbeiterin nicht ausreichend qualifiziert war, eine Klage vor dem Verwaltungsgericht erfolgreich sei.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/bamf-mit-unzureichend-qualifizierten-asyl-entscheidern-100.html> (13.01.17)
- Wie weit vernetzt die Nazi-Szene in Bautzen ist und wie weit das "Gift des Rechtsextremismus" auch abseits des Netzwerkes wirkt, zeigt dieser Bericht von *MDR exakt*. Die sächsische Justiz zeigt auch in Bautzen wieder, auf welcher Seite ihr blindes Auge ist: Im November überfallen Nazis Menschen, die ihnen nicht passen mit Schreckschusswaffen. Bloß: schon in den Monaten zuvor fiel Robert S, einer der Täter, mit einem volksverhetzenden Facebook-Posting auf. Dort ruft in einem Video der Busfahrer zum Einsteigen "aller Ausländer" auf, es gehe nach Auschwitz. Die Tonspur ist Fake. Das Video

selber war in Bayern entstanden, der Busfahrer hieß Geflüchtete damals willkommen. Die Staatsanwaltschaft sah es offenbar nicht als notwendig an, Ermittlungen gegen Robert S. einzuleiten.

<http://www.mdr.de/exakt/rechtsextremismus-bautzen-100.html> (Video, 11.01.17)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-in-sachsen-das-nazi-netzwerk-von-bautzen/19239232.html> (11.01.17)

- Über die Papierflut, die die CSU mit immer neuen Stellungnahmen zur Sicherheitspolitik entfesselt hat und über die darin enthaltenen Forderungen gibt die SZ einen Überblick. Neben den bereits bekannten, beschloss das bayerische Kabinett am vergangenen Dienstag auch die Forderung, die Staaten aus dem Schengen-Raum auszuschließen, die sich nicht am EU-weiten Austausch von Kriminalitätsdaten beteiligen. Das sind Griechenland, Italien, Kroatien und Portugal.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/kabinett-bayerischer-papiertiger-1.3327100> (10.01.17)
- Sachsen hat als erstes Bundesland in diesem Jahr eine Sammelabschiebung nach Tunesien durchgeführt. Vergangenen Mittwoch wurden 15 Menschen, darunter fünf aus Sachsen, in das Land abgeschoben.  
<http://www.sz-online.de/sachsen/tunesier-in-sammeltransport-abgeschoben-3585194.html> (11.01.17)
- Nachdem die Seenotrettungsmission „Mission Lifeline“ aus Dresden Pegida-Mitorganisator Lutz Bachmann wegen Beleidigung verklagt hatte, einigten sich beide Seiten auf einen Vergleich. Bachmanns Anwältin erklärte, ihr Mandant werde Beleidigungen künftig unterlassen.  
<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Gerichtsstreit-zwischen-Bachmann-und-Hilfsorganisation-endet-mit-Vergleich> (10.01.17)
- Jutta Cordt ist offiziell neue Chefin des BAMF und löst damit den als Chef der Bundesagentur für Arbeit weiter amtierenden Frank-Jürgen Weise ab. Cordt übernimmt das Amt mit 430.000 unbearbeiteten Anträgen.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/jutta-cordt-neue-bamf-leiterin-100.html> (12.01.17)

## Hintergrund und Meinung

- Kenan Malik stellt in *Internationale Politik und Gesellschaft* die Debatte um Grenzkontrollen versus Freizügigkeit auf den Kopf. Es müssten nicht diejenigen ihre Position rechtfertigen, die das Recht auf Freizügigkeit vertreten. Viel mehr sollten dies diejenigen, die das Recht auf Freizügigkeit beschränken wollen, also Grenzkontrollen fordern. Sie schränken den öffentlichen Raum ein und sollten sehr genau begründen, warum sie Menschen mit einer staatlichen Zwangsmaßnahme am freien Handeln hindern wollen. Malik setzt sich mit den drei hauptsächlichen Argumenten auseinander, die gegen die Freizügigkeit angeführt werden:
  - *Freizügigkeit untergrabe die staatliche Souveränität* - Ein Staat ist souverän, seine Grenzpolitik nach eigenen Maßstäben zu gestalten. Er gibt diese Souveränität nicht auf, wenn der Staat eine Grenzpolitik ohne Kontrollen gestaltet. Beispiel: offene Grenzen zwischen Marokko und Spanien bis 1991.
  - *Freizügigkeit sei undemokratisch, es gebe kein Mandat für diese Politik* - Weil eine Mehrheit gegen offene Grenzen sei, spreche dies nicht gegen Freizügigkeit. Viel mehr müsse ein demokratisches Mandat erlangt werden. Es müsse auch die Art und Weise, über Flucht und Migration zu reden, geändert werden. Wenn Politik Migration als Problem darstelle, sei es kaum überraschend, dass die Bevölkerung die Ansicht übernehme.
  - *Freizügigkeit bringe „die ganze Welt“ und damit auch Kriminalität ins Land* - Malik führt Beispiele auf, zum Beispiel das zum Commonwealth hin offene Großbritannien bis 1962

oder die offene Grenze zwischen den USA und Mexiko im fast gesamten 20. Jahrhundert, in denen nicht „die ganze Welt“ kam. Die offene Grenze zwischen Spanien und Marokko beispielsweise funktionierte, Saisonarbeiter\*innen kamen aus Marokko und kehrten wieder zurück. Was gern vergessen wird: das Asylrecht hindert Menschen auch an der Rückkehr! Grenzkontrollen hätten hier wie bei vielen anderen Beispielen auch, genau die Probleme geschaffen, die sie lösen sollen.

Weiterhin werde oft gegen Migration argumentiert, weil *wirtschaftliche und soziale Veränderungen die Lebenssituation vieler Menschen verschlechtert* habe. Die Einwanderung sei aber nicht die Ursache dafür sondern die niedergehende, herstellende Industrie (damit die Veränderung von Arbeit), bröckelnde Sozialstaaten, strikte Sparpolitiken, ausgehöhlte Gewerkschaften, entkernte Sozialdemokratien und damit zunehmende Ungleichheit und immer weiter zersplitterte Gesellschaften.

Auch das Einwanderung die Gesellschaft verändere, sei ein zwar richtiges Argument, bloß *ändere sich Gesellschaft eben auch durch andere soziale Triebfedern*. Malik nennt Feminismus, Konsumismus, aufsteigende Massenkultur, immer mehr Jugendszenen, der Erfolg der freien Marktwirtschaft, der Niedergang der Kirchen,... All diese Entwicklungen hätten die Gesellschaften stärker verändert als Einwanderung, so Malik. Er schreibt: „Wäre kein einziger Immigrant nach Großbritannien gekommen, lebten die Briten heute trotzdem in einem völlig anderen Land als noch vor einem halben Jahrhundert.“ Malik plädiert dafür, die tatsächlichen Ursachen für wirtschaftliche und soziale Probleme auch zu benennen, Einwanderung sei eben oft keine der Ursachen. Im Prinzip veräppelten sich die Menschen, die auf Grenzkontrollen setzten, hier selbst.

Migration und Flucht seien heute Tatsachen. Sie zu verhindern würde bedeuten, immer mehr Mauern zu bauen und Menschen in ihren Ländern einzusperren. Die EU setze hier Standards. So führt Malik Kenia an, welches den Bau einer 700 Kilometer langen Mauer Richtung Somalia mit der Asylpolitik der EU rechtfertigt. Migrant\*innen zu Sündenböcken für wirtschaftliche und soziale Probleme zu missbrauchen hält er unmoralisch (Menschen leiden) und nicht praktikabel (der Blick auf tatsächliche Problemlösungen wird verstellt).

<http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/fuer-offene-grenzen-1772/> (02.01.17)

- Obwohl die Bürger\*innen nicht ängstlicher wegen des Terrors geworden sind, habe der starke Staat Konjunktur, zumindest in der Politik, schreibt Philipp Wittrock auf *SPON*. Die Gesetzesverschärfungen, die Thomas de Maizière und Heiko Maas vergangene Woche vorgestellt haben, ersetzen nicht die Vollzugsdefizite, soll heißen: die fehlende Anwendung geltenden Rechts durch die Behörden, die im Fall von Anis Amri nun ersichtlich ist. Wittrock vermisst im Angesicht teils unsinniger Vorschläge den Aufschrei aus dem linken Lager. Doch selbst oppositionelle Grüne und Linke unterstützten den Kurs nach mehr Sicherheit. Die Verschiebung des gesamten politischen Koordinatensystems nach rechts sei ein beunruhigender Vorgang, die AfD könne sich freuen und nun im Wahlkampf umso mehr die Grenzen des politisch Sagbaren austesten.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sicherheitsdebatte-vom-rechtsstaat-zum-rechts-staat-kommentar-a-1129431.html> (10.01.17)

- Nach Anschlägen und Nächten wie der in Köln fragen sich Migrant\*innen, so sagt Maria Alexopoulou im *Migazin*, welche rassistischen Hasswellen nun losbrechen werden und welche Auswirkungen dies auf die Politik habe. Sie fragt, ob das, was jetzt als Sicherheitspolitik verkauft werde, tatsächlich der Sicherheit diene, ob solche Anschläge etwas am globalen Phänomen von Flucht und Migration ändern würden und ob der IS nicht andere Wege finden würde, Terrorist\*innen nach Europa zu bringen oder eben bereits hier Lebende zu radikalieren. Es bringt nach Ansicht von Alexopoulou nichts, auf eine Differenz zwischen „Europäer\*innen“ und „Nordafrikaner\*innen“ zu beharren, dies Sorge nicht für Sicherheit. Differenzen würden lediglich genutzt, um Gewalt zu legitimieren. Dafür würden auch mal Differenzen zwischen Menschen erfunden werden wenn es denn Interessen diene.

<http://www.migazin.de/2017/01/12/differenz-der-feind-heisst-gewalt/> (12.01.17)

- Die Sozialdemokrat\*innen Cansel Kiziltepe und Aziz Bozkurt stellen in einem Gastbeitrag für den *tagesspiegel* die Abschiebungen nach Afghanistan, gewollt und verantwortet von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, als Folter dar und berufen sich dabei auf die UN-Antifolterkonvention. Die Abschiebungen seien von daher nicht rechtsstaatlich, das Aufenthaltsgesetz definiere klar, dass von Abschiebungen abgesehen werden solle, wenn Gefahr für Leib, Leben und Freiheit bestehe. Bozkurt und Kiziltepe beschreiben Thomas de Maizière als Biedermann und Blender, der immer wieder mit falschen Zahlen Stereotype befördere und somit Stimmungen erzeuge. So schlage der Biedermann die Brücke von der Regierungsbank in die politische Rechte, schaffe so Legitimation für die AfD sowie für immer weitere Verschärfungen im Aufenthaltsrecht. Die Autor\*innen stellen die Frage, welche politische Verantwortung de Maizière eigentlich trage, sollte eine\*r der Abgeschobenen bei einem Anschlag getötet werden.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/asylrecht-abschiebungen-nach-afghanistan-sind-antifluechtlingspolitik/19259028.html> (16.01.17)
- Samantha Bee berichtet in *Full Frontal* über US-Präsidenten Barack Obama Asylpolitik, die auch vor der Entscheidung, Fliehende aus Kuba zurückzuschicken, bereits restriktiv war. Obama sprach in seinem ersten Präsidentschaftswahlkampf noch davon, Kriminelle abzuschicken, konkret sprach er von Gangmitgliedern. Nur, kriminell wurde dann doch weiter definiert. Menschen ohne gesicherten Aufenthalt müssen bereits bei geringfügigen strafrechtlichen Vergehen die Abschiebung fürchten. 500.000 Menschen wurden so in Obamas Amtszeit abgeschoben. Diese „gut geölte Maschine“, so Samantha Bee, gehe nun an Trump über. Ihre nicht ernst gemeinte Hoffnung: da Trump alles ablehne, wofür Obama stehe, könnte Trump vielleicht sogar nach links rücken. Diese Hoffnung wird aber sofort zunichte gemacht: Trump spricht bereits jetzt davon, selbst unter Verdacht Stehende, also nicht Verurteilte, abzuschicken.  
<https://www.youtube.com/watch?v=3SGhvGmjeMo> (11.01.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe